

**Mannheimer
Montag-
mittag-
Vorlesungen**

**Politische Streitfragen
in zeitgeschichtlicher Perspektive**

**Putins Siege:
Niederlagen der Demokratie in Rußland?**

Egbert Jahn

5. Juli 2004

Adresse des Autors:

Prof. Dr. Egbert Jahn
Universität Mannheim
Lehrstuhl für Politische Wissenschaft
und Zeitgeschichte
Seminargebäude A 5
D-68131 Mannheim
Tel.: +49-621 181 2088
Fax: +49-621-181 2087
allgemeine E-mail: LSJahn@sowi.uni-mannheim.de
Vorlesungs-E-mail: streitfragen@uni-mannheim.de
www.uni-mannheim.de/fkks/montagmittagvorlesung.html

Zusammenfassung

Die Hoffnungen auf eine rasche Demokratisierung Rußlands sind schon seit Jahren nicht nur verblaßt, sondern vergilbt. Dennoch muß nach dem Machtantritt Wladimir Putins die Hoffnung auf eine längerfristige Demokratisierung Rußlands nicht aufgegeben werden. Während die einen immer noch kleine Schritte im Demokratisierungsprozeß Rußlands zu erkennen meinen, hat sich gegenwärtig weithin die Auffassung durchgesetzt, daß die autokratische Stabilisierung des politischen Systems unter Putin die Chance zu einer marktwirtschaftlichen Modernisierung biete, die dann ihrerseits in einigen Jahrzehnten erst eine substantielle Demokratisierung ermögliche. Das Theorem der progressiven Entwicklungsdiktatur als Vorstufe der Demokratie findet erneut zahlreiche Anhänger. Daneben streiten auch zahlreiche Skeptiker der rußländischen Gesellschaft prinzipiell Demokratiefähigkeit ab. In pessimistischen Szenarios stellen die Jelzin- und Putin-Regimes einer „Potemkinschen Demokratie“ lediglich den Übergang zu einer neuen offenen, nationalpatriotischen und staatskapitalistischen Autokratie dar.

Historisch-strukturelle Faktoren wie die lange Tradition autokratischer Staatlichkeit haben nur äußerst schwache soziale Gruppen und Mentalitäten entstehen lassen, die ein Interesse an gesellschaftlichem Pluralismus, an Menschenrechten, Verfassungs- und Rechtsstaatlichkeit, Liberalität, Gewaltenteilung und Demokratie hervorbringen konnten. Westliche Demokratien wurden zeitweilig durch ihren wirtschaftlichen Reichtum zum attraktiven Vorbild, weniger durch ihre gesellschaftspolitische Ordnung. Träger der Demokratisierungsbemühungen seit dem Ende der 80er Jahre waren vor allem Teile der wirtschaftlichen, journalistischen und wissenschaftlichen Intelligenz, die sich jedoch in den 90er Jahren als zu schwach erwiesen, um eine demokratische politische Kultur und ein demokratisches Parteiensystem errichten zu können. Demokratie wurde zum Symbol für wirtschaftlichen Niedergang, Korruption, Toleranz von Kriminalität, gesellschaftliche Entsolidarisierung und moralischen Verfall.

Dieses gesellschaftliche Klima rief die Sehnsucht nach einem starken Mann hervor, der einen mächtigen Ordnungsstaat, nationale Einheit und Gemeinschaft, Sicherheit vor Verbrechen und Behördenwillkür, wirtschaftlichen und militärischen Wiederaufstieg Rußlands und internationalen Respekt verwirklichen soll. Ein neues politisches System der Adoption von befristet herrschenden Machthabern, die ein Minimum von demokratischen Regeln im gesellschaftlichen Machtkampf einhalten, scheint sich unter Jelzin und Putin etabliert zu haben. Entscheidend für die Zukunft der Demokratie ist, ob die herrschende Elite gesellschaftliche Nischen demokratischer Kultur absichtlich oder unabsichtlich fördern oder dulden wird.

1 Demokratisierung oder Autokratisierung Rußlands?

In einem populär gewordenen Schema der Transformation oder der Transition autokratischer Regime wie der parteikommunistischen Herrschaftsordnungen folgt einer Liberalisierungsphase des alten Regimes eine Demokratisierungsphase, in der die Pluralisierung der Gesellschaft in ein Mehrparteiensystem mündet, das eine demokratische Verfassung und politische Kultur hervorbringt. In einer dritten Phase soll dann die Konsolidierung der Demokratie stattfinden, die sich durch demokratischen Regierungswechsel, effektive Regierung und wirkungsvolle politische Opposition sowie die Entfaltung der zivilen Gesellschaft bemerkbar mache. Zwar haben manche Regierungssysteme wie das rumänische oder das albanische keine Liberalisierungsphase durchgemacht, doch entspricht die Phase der Perestrojka der kommunistischen Parteiherrschaft unter Michail S. Gorbatschow in den Jahren 1987-1990 nach einer längeren Vorbereitungszeit in den Jahren und Jahrzehnten zuvor ungefähr diesem Schema. Die kommunistische Parteiführung versuchte, das hergebrachte, starre System der „administrativen Kommandowirtschaft“, wie die zentralbürokratische Planwirtschaft unter Gorbatschow häufig genannt wurde, in ein System des marktwirtschaftlichen und demokratisierten Reformsozialismus („Perestrojka“) und eine Art konstitutionellen Kommunismus umzugestalten. Eine beschränkte öffentliche Meinungsfreiheit („Glasnost“), begrenzte Rechtsstaatlichkeit („sozialistischer Gesetzlichkeit“) und eine äußerst eingeschränkte Wahlmöglichkeit unter verschiedenen Funktionären der kommunistischen Partei sollten weiterhin das geltende Herrschaftsmonopol der Parteioligarchie erhalten, aber es von seinem vorherigen absolutistischen Charakter befreien. Sie mündeten aber unfreiwillig nach wenigen Jahren in den Zusammenbruch der kommunistischen Parteiherrschaft, führten allerdings nie zu einem Sieg der demokratischen Kräfte in Rußland. Insofern hat es die Demokratisierungsphase nach der Liberalisierungsphase in Rußland wie auch in einigen anderen postsowjetischen Staaten nie gegeben, von einer Konsolidierung der Demokratie ganz zu schweigen.

In Rußland ist vom August 1991 bis zum Dezember 1993 ein politisches System entstanden, das sowohl Chancen einer zukünftigen Demokratisierung wie auch eines demokratisch und pseudolegal verbrämten Übergangs zu einer neuen offenen Autokratie enthält. Im August 1991 scheiterte ein dilettantischer Putschversuch von kommunistischen Staatsfunktionären, die weniger die alte Einparteienherrschaft zu restaurieren als die Reformansätze zu bremsen und vor allem den Zerfall des Staates Sowjetunion aufzuhalten versuchten. Im Dezember 1993 wurde eine neue, in wichtigen Grundzügen demokratische Verfassung verabschiedet und erstmals seit 1917 einigermaßen freie und faire Wahlen veranstaltet, in denen jedoch die entschieden demokratischen Parteien in der Minderheit blieben. Bislang ist weder eine für

eine längere Dauer gültige Entscheidung für eine eindeutige Demokratie noch für eine eindeutige Autokratie gefallen. Das politische System des neuen Rußlands ist weiterhin hybrid demokratisch-autokratisch, was sich in der Vielfalt von Dutzenden verlegener politikwissenschaftlicher Wortschöpfungen ausdrückt, die entweder besagen wollen, daß das System immerhin schon als demokratisch („defizitäre“, „gelenkte“, „gesteuerte“, „halbe“ usw. usf. Demokratie) oder eigentlich immer noch als autokratisch („Potemkinsche“, „Pseudo-, Demokratie, Demokratur, autoritäres System, Diktatur mit demokratischer Fassade etc. etc.) zu qualifizieren sei. Hier seien nicht die Vorzüge und Unzulänglichkeiten der vielen, neuen Etikette für politische Systeme erörtert, die sich weder eindeutig als demokratisch, noch als diktatorisch bezeichnen lassen, sondern fragen wir nach den Charakteristika des politischen Systems Rußlands und seiner Entwicklungstendenzen. Befassen wir uns also mit dem Streit, inwieweit Rußland sich in den vergangenen vierzehn Jahren zu einer Demokratie entwickelt hat und inwieweit nicht. Oder anders gefragt, ist Rußland überhaupt im Begriff, sich in Richtung auf eine Demokratie zu entwickeln ist oder kann es das gar nicht aufgrund seiner historisch entstandenen Strukturen? Wladimir Putins unbezweifelbaren politischen Siege wie auch die weniger deutlichen Mißerfolge in den letzten Jahren gilt es in diesem Kontext zu beurteilen: tragen sie zur Demokratisierung oder zur Autokratisierung Rußlands bei?

2 Standpunkte zur Demokratisierung und Demokratiefähigkeit Rußlands

Es haben sich im wesentlichen vier Positionen zur Frage der Demokratisierung und Demokratiefähigkeit herausgebildet. Nach der ersten Auffassung macht Rußland in den letzten Jahren einige Schrittden zur Demokratie und befindet sich weiterhin auf dem Wege eines mühsamen, aber stetigen Einübens demokratischer Verfahrens- und Verhaltensweisen. Demokratisierung ist nach dieser Auffassung ein langanhaltender Lernprozeß mit kleinen Schritten zu einer voll entfalteten liberalen Demokratie, in dem der Generationswechsel von großer Bedeutung ist. Dieser Prozeß sei auch in Putins Präsidentschaft weiter im Gange. Nach einer zweiten Auffassung befindet sich Rußland im Stadium einer Modernisierungsautokratie, die die wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzung einer späteren Demokratisierung schafft, darunter eine breite Schicht eines modernen Bürgertums mit kleineren und mittleren Unternehmern, mit Managern und leitenden Angestellten in den Großbetrieben, mit einer weit verbreiteten höheren Bildung in der staatlichen Verwaltung und in den Dienstleistungsbetrieben. Diese in ein bis zwei Generationen entstehende bürgerliche Schicht soll in der Zukunft die treibende Kraft einer nachholenden Demokratisierung Rußlands werden. Bei dieser Auffas-

sung handelt es sich um ein altes Theorem mancher Entwicklungstheorien, die eine Entwicklungsdiktatur zur Akkumulation ökonomischen und gesellschaftlichen Reichtums als Voraussetzung für die Entwicklung der Demokratie in 20 oder 30 Jahren erklärt. Als Vorbild hierfür werden etwa Chile unter der Herrschaft des Generals Augusto Pinochet (1973-1989), den Wladimir Putin wertachtet, oder auch Südkorea unter Syngman Rhee, General Park Chung-hee und Chong-Doo Hwan (1945-1987) angesehen. Auch die rasante marktwirtschaftliche Entwicklung der Volksrepublik China seit 1976 wird oftmals als Entwicklungsdiktatur interpretiert, die wichtige wirtschaftliche Voraussetzungen für eine spätere Demokratisierung schafft. Diese dritte, Verständnis für Entwicklungsdiktaturen heischende evolutionistische Auffassung dürfte die am meisten verbreitete Ansicht über das gegenwärtige Rußland sein.

Nach einer dritten Auffassung befindet sich Rußland nach bescheidenen Ansätzen zur Demokratisierung in der Jelzin-Ära von 1991-2000 und vor allem in den frühen 1990er Jahren unter dem neuen Präsidenten Wladimir Putin auf dem Wege einer Reautokratisierung, die zwar nicht das alte System restauriert, die aber von den alten Eliten und traditionellen autokratischen Verhaltensweisen großer Teile der Bevölkerung getragen wird. Sie wird oft von der Überzeugung getragen, daß Rußland im Prinzip unfähig zu einer Demokratisierung sei, wenn auch nicht unbedingt für alle Zeiten, so doch zumindest noch in den nächsten Jahrzehnten. Diese pessimistische Deutung wird von einer Minderheit der Rußlandbeobachter geteilt.

Eine vierte Interpretation der Situation des neuen Rußlands erscheint möglich und vielleicht am besten die Entwicklungstendenzen seit 1991 auszudrücken: eine Deutung des neuen politischen Systems als befristete, plebiszitäre Adoptiv-Autokratie. Seit der französischen Revolution entstanden mehrmals auf Dauer angelegte, jedoch historisch tatsächlich immer nur kurzlebige plebiszitäre Autokratien nach kurzen demokratischen Phasen. Man nannte im 19. Jahrhundert diese Regime bonapartistische, die damals häufig ein Kaisertum oder ein Königtum hervorbrachten. Nach dem Ersten Weltkrieg waren es dann meist Diktaturen, die sich auf den Volkswillen beriefen. Das historische Vorbild für bonapartistische Regime ist das Kaisertum Louis Napoléon III. Bonaparte (1852-1870), das die Kaiserherrschaft seines Onkels, Napoléon I. Bonaparte (1804-1814/15), nachahmen wollte und das ebenfalls durch eine Volksabstimmung auf Dauer abgesichert werden sollte. Die plebiszitär untermauerten, lebenslangen Dauerpräsidentschaften in Zentralasien folgen diesem Muster einer scheindemokratischen, durch eine plebiszitäre Verfassungsänderung bewirkten Etablierung einer Autokratie. Rußland und übrigens auch Belarus ist bislang diesen Weg nicht gegangen, obwohl immer wieder die Befürchtung geäußert wird, daß Putin oder Lukaschenka eines Tages ihn beschreiten würden. Jelzin und Putin haben wiederholt betont, daß sie die Verfassung achten wollen, die nur eine

einmalige Wiederwahl des auf vier Jahre gewählten Präsidenten erlaubt. Allerdings bietet diese Verfassung zahlreiche Hebel zur autokratischen Nutzung der Präsidentengewalt, die im Falle der Beachtung der Verfassung und ihres Verbots der vielfachen Wiederwahl zu einer Befristung auf acht Jahre führt. Diese Befristung wird jedoch weitgehend ausgehebelt, wenn der Präsident Rußlands faktisch seinen eigenen Nachfolger adoptiert. Boris N. Jelzin tat dies, indem er den damals noch weitgehend unbekanntem Wladimir W. Putin im September 1999 zum Ministerpräsidenten wählen ließ und zum Jahreswechsel das Amt des Staatspräsidenten aufgab, also kurz nach den von Jelzin noch wesentlich bestimmten Parlamentswahlen und drei Monate vor den nächsten Wahlen eines Staatspräsidenten. Verfassungsgemäß übernahm Ministerpräsident Putin die Amtsgeschäfte des Staatspräsidenten und nutzte diese Position und die Unterstützung Jelzins bei der Wahl zum Staatspräsidenten im März 2000, die er mit 52,9 % der Stimmen bereits im ersten Wahlgang gewann. Wenn auch durch eine durch den Präsidentenapparat weitgehend gesteuerte Wahl legitimiert, wurde der neue Präsident faktisch durch den alten Präsidenten adoptiert.

Eine befristete, plebiszitäre Adoptiv-Autokratie hält sich an den Rhythmus regelmäßiger Wahlen und die Befristung der Amtsführung einer Person in der Präsidentschaft mit großen exekutiven und legislativen Vollmachten. Ein neuer Präsident wird allerdings nicht frei aus einem Angebot mehrerer Aspiranten auf das Präsidentenamt gewählt, sondern der scheidende Staatspräsident beansprucht, seinen Nachfolger selbst zur Wahl vorzuschlagen und alle staatlichen Mittel in den Medien und bei der Wahlorganisation dafür zu nutzen, daß dieser die Wahlen mit grandiosem Erfolg bestehen kann, so daß die Wahl den Charakter einer plebiszitären Akklamation für den adoptierten Nachfolger erhält.

3 Die Geschichte der unvollendeten Demokratisierung Rußlands

Für die Schwierigkeiten der Demokratisierung Rußlands sind mehrere historische Faktoren neben aktuellen politischen Entscheidungen einflußreicher sozialer Kräfte und Personen verantwortlich. Allerdings gilt es, sich vor einem historischen Determinismus in acht zu nehmen. Jede Demokratie hat einen historischen Anfang und geht aus un- und vordemokratischen Ordnungen hervor. Die Vergangenheit weist der Zukunft zwar Entwicklungspfade, sie bestimmt aber nicht die Zukunft. Zu den langfristig wirkenden Faktoren gehört sicher die lange Geschichte des monarchischen Absolutismus in Rußland, der kein demokratisches Potential in Form eines städtischen Bürgertums entstehen ließ bzw. es frühzeitig vernichtete. Ein solches hätte im Rahmen seiner Autonomie ein pluralistisches politisches System gesellschaftsge-

schichtlich einüben können. So wurden bereits früh die großen Stadtrepubliken Nowgorod (1478) und Pskow (1510) durch den Moskauer Großfürsten ausgelöscht. Wichtiger aber scheint, daß in Rußland sich auch kein vom Monarchen weitgehend unabhängiger Adel über längere Zeit halten konnte. Man denke an die wichtige Rolle der Adelsautonomie und des Adelspluralismus, der Freiheiten des Adels gegenüber dem König oder dem Kaiser in der Vorgeschichte der Demokratisierung Großbritanniens, Polens, Deutschlands, Italiens und auch Frankreichs. In Rußland wurde der unabhängige Adel schon im 15. Jahrhundert weitgehend physisch liquidiert. An seine Stelle trat ein abhängiger Verdienstadel. Auch wenn dann die Adelsprädikate vererbt wurden, konnte er sich nicht vom absolutistischen Herrscher emanzipieren. Die christlich-orthodoxe Kirche errang niemals eine unabhängige Position gegenüber dem Herrscher und blieb Staatskirche. Die tiefsitzende autokratische Tradition der Eliten schlug sich schließlich auch in der Mentalität der gesamten Bevölkerung nieder.

Zur sozialhistorischen Vorgeschichte gehört auch das Scheitern der liberalen und später der demokratischen Bewegung im zarischen Großrußland im 18. und 19. Jahrhundert. Erste Ansätze der Förderung einer liberalen Rechtsstaatlichkeit im Rahmen der europäischen Aufklärung finden sich unter Katharina der Großen (1762-1796), die die wirtschaftliche Entwicklung ihres Landes durch Rechtssicherheit für ein zarentreues Bürgertum vorantreiben wollte. Die französische Revolution von 1789-1795 strahlte nur wenig auf Rußland aus, z. B. auf die An-Adelsrevolution im Jahre 1825, die der Zar rasch niederschlagen konnte. Auch die west- und mitteleuropäische Revolution von 1848/49 fand außer in den polnischen Gebieten nur sehr geringe Resonanz im Russischen Reich. Erst die umfassenden Reformen in der frühen Herrschaftszeit Zar Alexander II. in den Jahren 1861-66, die durch die Niederlage Rußlands im Krimkrieg (1853-56) angestoßen wurden, veränderten die Gesellschaft tiefgreifender, auch wenn die Reformen unvollendet blieben und in vieler Hinsicht revidiert wurden. Sie erstreckten sich auf fast alle gesellschaftlichen Bereiche, von der Bauernbefreiung zur Militär-, Bildungs-, Rechts- und Städtereform. Selbst eine adelszentrierte Selbstverwaltung wurde in einigen Gebieten gewagt. Diese Reformperiode schlug sich stark im kollektiven Gedächtnis der rußländischen Gesellschaft nieder. Längerfristig hätten nochmals die Reformen der Ministerpräsidenten Sergej J. Witte (1903-1906) und Pjotr A. Stolypin (1906-1911) ein ökonomisch unabhängiges Bauern- und Bürgertum stärken sollen, blieben aber unvollendet.

Niederlagen in einem Krieg bilden häufig den Anstoß zu Gesellschaftsreformen. So löste auch die Niederlage Rußlands gegen Japan im Krieg von 1904/05 eine Revolution aus, die allerdings nur kurze konstitutionelle Experimente in den Jahren 1905/07 bewirkte. Dieser Scheinkonstitutionalismus mit einem von Nikolaus II. oktroyierten „Grundgesetz“ war mit der Ein-

berufung einer parlamentsähnlichen Versammlung, der Duma, verbunden. Rasch manipulierte der Zar jedoch das Wahlrecht in der Weise, daß ab Ende 1907 nur noch eine zarentreue, erzkonservative Mehrheit zustande kam. Die ersten freien Wahlen fanden dann erst nach der adelig- und bürgerlich-liberalen Februarrevolution und nach der bolschewistischen Oktoberrevolution und dem Sturz der Zarenherrschaft im Dezember 1917 statt. Da bei dieser Wahl zur verfassungsgebenden Versammlung die Bolschewiki mit rund einem Viertel der Stimmen in der Minderheit blieben, lösten sie diese Versammlung bei ihrer konstituierenden Sitzung am 18. Januar 1918 wieder auf und leiteten die Ära der kommunistischen Parteidiktatur ein. Eine erste Phase der Demokratisierung Rußlands gelangte damit bereits nach wenigen Monaten an ihr Ende. Zwar wurde anfangs noch ein sozialistischer Parteienpluralismus in den Räten, d.h. klassenpolitisch reduzierten Alternativorganen zu Parlamenten, die die Gewaltenteilung und die Autonomie der gewählten Volksvertreter nicht anerkannten, geduldet, doch im März 1921 beseitigte Wladimir I. Lenin unter den Bedingungen eines langanhaltenden Bürgerkriegs „provisorisch“ das Mehrparteiensystem und die innerparteiliche Demokratie. Bekanntlich dauern Provisorien manchmal länger als für die Ewigkeit geschaffene Institutionen. Die Abschaffung des rätedemokratischen Pluralismus unter Lenin schuf die Basis zunächst für die Herrschaft einer Parteioligarchie und dann eines Parteidiktators, des Josef W. Stalin.

Neue Grundlagen für eine Liberalisierung der kommunistischen Räteherrschaft stellte dann erst wieder Nikita S. Chruschtschow her, und zwar durch die Beendigung des staatlichen, massenvernichtenden Terrors, die weitgehende Auflösung des staatlichen Systems der Konzentrationslager (GULag) und eine gewisse Rotation der Partei- und Staatsämter. Zwar wurden viele seiner Reformen in der langen Herrschaftsperiode Leonid I. Breschnjews (1964-1982) wieder aufgehoben, aber seine im großen und ganzen unblutige Herrschaftsausübung ermöglichte das Heranwachsen einer neuen, hochschulgebildeten Partielite, die nicht mehr an staatlichen Massenmorden beteiligt war. Damit konnte unter der neuen Parteiführung Michail S. Gorbatschows der eingangs erwähnte Versuch einer halbwegs marktwirtschaftlichen Reform des Sozialismus und des konstitutionellen Kommunismus in den Jahren 1987-1990 unternommen werden. Die Reformkommunisten waren jedoch zu schwach, um sich gleichzeitig gegen die konservativen Reformgegner in der Partei und die durch die neuen Freiheitsrechte stimulierte radikale Reformbewegung ehemaliger Kommunisten, von Dissidenten und erstmals politisch aktivierten städtischen Bevölkerungskreisen durchzusetzen. Diese Reformbewegung wandte sich vor allem gegen die wirtschaftliche Stagnation und die Korruption und hatte nur zum Teil ernsthafte demokratische Aspirationen. Die Führung der Reformbewegung stammte überwiegend aus der kommunistischen Partei- und Staatsnomenklatur. Zwar entstand

in Moskau und in einigen Großstädten eine beeindruckende demokratische Bewegung, die den Reformbürokraten einen gewissen Rückhalt verlieh. Aber ältere demokratische Dissidenten und unbelastete Demokraten der jüngeren Generation konnten in Rußland niemals solche Machtpositionen erringen wie etwa in der Tschechoslowakei oder in Polen. Sie waren nicht in der Lage, einen offenen geistigen, moralischen und politischen Bruch der Gesellschaft mit der kommunistischen Vergangenheit zu vollziehen und eine Umgestaltung und politisch-pädagogische Umorientierung der überkommenen Partei- und Staatsbürokratie im Sinne einer Demokratisierung einzuleiten.

Allerdings trat die exkommunistische Reformbürokratie unter Führung des ehemaligen ZK-Sekretärs Boris N. Jelzin mit einem demokratischen Anspruch auf. Im Juli 1990 wurde Jelzin in halbfreien Wahlen zum Präsidenten der Unionsrepublik Rußland gewählt und erlangte in den folgenden Monaten eine Schlüsselrolle im Demokratisierungsprozeß seines Landes. Nach dem Jelzin maßgeblich einen Putsch der Reformbremsler im August 1991 vereitelt hatte, wobei entscheidend war, daß sich die Armeeführung neutral verhielt, leitete er den Übergang zur Privatisierung des Staatseigentums an den wesentlichen Produktionsmitteln und zur Marktwirtschaft, zu einem Mehrparteiensystem sowie zu einer umfassenden Meinungsfreiheit ein, wobei auch für einige Monate die Kommunistische Partei verboten wurde. Gleichzeitig wurde der rasche Wechsel des politischen Systems versäumt. Die radikalen Wirtschaftsreformen kamen schon nach wenigen Monaten zum Erliegen. Die russische Demokratiebewegung blieb zu schwach, entweder bei der Auflösung der Sowjetunion im Dezember 1991 Neuwahlen durchzusetzen und in ihnen die reform- und exkommunistischen Kräfte zu entmachten oder von innen her die kommunistische Partei in eine sozialdemokratische zu transformieren, wie das in einigen ostmitteleuropäischen und baltischen Ländern gelang. Den ebenfalls aus halbfreien Wahlen hervorgegangenen Obersten Sowjet konnte oder wollte Jelzin nicht mit Unterstützung der demokratischen Massenbewegung entmachten und in freien Wahlen ein wirkliches Parlament oder gar eine Verfassungsgebende Versammlung wählen lassen.

Damit entstand in Rußland ein System der Doppelherrschaft zwischen einem in halbfreien Wahlen demokratisch legitimiertem Präsidenten und einem Obersten Sowjet, der den Anspruch erhob, demokratisches Parlament zu sein, obwohl er ebenfalls aus halbfreien Wahlen hervorgegangen war und sich überwiegend aus Kommunisten und Exkommunisten zusammensetzte, die der liberalen Demokratie im verfassungsstaatlichen Sinne skeptisch bis ablehnend gegenüberstanden. Das rußländische System der Doppelherrschaft war unfähig, eine neue demokratische oder auch undemokratische Verfassung hervorzubringen. Boris Jelzin beseitigte es in einem gewaltsamen Staatsstreich im Oktober 1993, bei dem die Gesellschaft

Moskaus wie Rußlands gleichsam als unbeteiligter Zuschauer eines Ausscheidungskampfes zwischen zwei Gruppen der Machteliten passiv blieb. Die gewaltsame, autokratische Einführung der „Demokratie“, richtiger: eines Systems mit demokratischem Anspruch, hat bis heute ihre Spuren in Rußland als eine Form der unvollständigen Demokratisierung von oben hinterlassen, die nicht wirklich von einer breiten Mehrheit der rußländischen Gesellschaft getragen wird. Die Ambivalenz der unvollständigen Demokratisierung durch einen Autokraten mit demokratischem Anspruch zeigte sich bereits in den Folgemonaten bei der Verfassungsgesetzgebung und bei den ersten einigermaßen freien Wahlen.

Für die Ausarbeitung der Verfassung wurde keine verfassungsgebende Versammlung gewählt. Aber auch kein demokratisch gewähltes Parlament nahm den Akt der Verfassunggebung vor. Vielmehr ließ der Präsident eine Verfassung ausarbeiten, die weitgehend seinen eigenen Bedürfnissen nach einer Präsidialverfassung mit außergewöhnlich starken Vollmachten für den Präsidenten entsprach. Der Verfassungsentwurf wurde zwar einer Volksabstimmung unterbreitet, aber ehe die Verfassung angenommen war, wurden aufgrund des Verfassungsentwurfs gleichzeitig mit dem Verfassungsreferendum die ersten freien Wahlen zu einer Volksvertretung in Rußland seit dem Jahre 1917 für den 13. Dezember 1993 angesetzt. Für die Verfassung stimmten 57 Prozent, wobei sich lediglich eine kleine Minderheit von 31 Prozent der Abstimmungsberechtigten am Referendum beteiligte. Hartnäckig hielten sich Gerüchte, daß das Abstimmungsergebnis nur durch Manipulationen zustande kam.

Die außergewöhnlich weitgehenden Vollmachten des Präsidenten machen die rußländische Verfassung zu einem potentiellen Werkzeug pseudodemokratischer und pseudokonstitutioneller autokratischer Usurpation. Weder Boris Jelzin war noch Wladimir Putin sind bisher der Versuchung erlegen, die durch die Verfassung verliehenen präsidialen Vollmachten im Sinne einer solchen Usurpation voll zu nutzen. Aber die Verfassung hat das Schicksal der Demokratie in einem äußerst hohen Maße vom Charakter der Persönlichkeit, der demokratischen Gesinnung und den politischen Absichten des Amtsinhabers abhängig gemacht-

Der Präsident Rußlands hat weit größere Vollmachten als der amerikanische Präsident, deren Bedeutung durch die Schwäche des Zwei-Kammer-Parlaments, der Staatsduma als allgemeiner Volksvertretung, die aus allgemeinen Wahlen hervorgeht, und des Föderationsrates, in dem die 89 Föderationssubjekte durch je zwei Personen vertreten sind, noch untermauert wird. Er vertritt das Land nach innen und außen und bestimmt die Richtlinien der Innen- und Außenpolitik. Er ist Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Er schlägt einen Ministerpräsidenten („Vorsitzenden der Regierung“) vor, den die Duma zwar ablehnen kann; aber nach dreimali-

ger Ablehnung eines vorgeschlagenen Kandidaten für das Ministerpräsidentenamt löst der Staatspräsident die Duma auf und veranlaßt Neuwahlen. Der Staatspräsident ernennt und entläßt den Ministerpräsidenten und die Regierung, die ihm, nicht dem Parlament gegenüber verantwortlich ist. Spricht die Duma der Regierung ihr Mißtrauen aus, so muß der Präsident innerhalb einer Woche die Regierung entlassen oder die Duma auflösen. Die Gesetzgebung obliegt zwar der Föderalversammlung, also den beiden Häusern des Parlaments, aber der Präsident kann ein Veto gegen Gesetze einlegen, das nur durch Zweidrittelmehrheiten beider Häuser überwunden werden kann. Außerdem hat er eine eigene Gesetzgebungskompetenz in Form von Dekreten, die der Verfassung und der Gesetzgebung nicht widersprechen dürfen, die er aber häufig nutzt.

4 Entscheidungsoptionen für die Politik des rußländischen Präsidenten und der westlichen Außenpolitik

Die weitreichenden Vollmachten des Präsidenten haben zur Folge, daß die Chancen der Demokratisierung Rußland in außerordentlichem Maße von der demokratischen Einstellung des jeweiligen Präsidenten abhängt. Er kann maßgeblich einen Beitrag zur Entfaltung des Parlaments, des Parteiensystems, des Föderalismus, der im Prinzip unabhängigen Justiz, der Menschenrechte leisten oder auch das Gegenteil bewirken.

Der erste Präsident Rußlands, Boris N. Jelzin, geb. 1931, besaß vor allem seit seinem mutigen Auftreten während des Putschversuchs im August 1991 lange Zeit große persönliche Popularität und Autorität als derjenige, der Rußland auf den Weg zur radikalen Erneuerung, Liberalisierung und ansatzweise zur Demokratisierung geführt hatte. Diese Popularität verlor er jedoch rasch infolge des wirtschaftlichen Niedergangs, des Anwachsens der Korruption und der Kriminalität, der Einleitung des ersten, unpopulären Tschetschenienkrieges und einer unkoordinierten Führung der Staatsgeschäfte. Gezeichnet durch intensiven Alkoholismus und schwere Krankheit konnte er seine zweite Amtsperiode nicht vollenden.

Ein weiterer Schwachpunkt in der demokratischen Entwicklung Rußlands sind das Parteiensystem und das Wahlverhalten des rußländischen Volkes. Wie in allen postkommunistischen Ländern, insbesondere in denen mit einem Einparteiensystem, also ohne Blockparteien, konnte es auch in Rußland bei den ersten Parlamentswahlen noch kein stabiles Parteiensystem mit einigermaßen klaren Parteiprofilen, Parteistrukturen und umfangreichen Parteimitgliedschaften geben. Weit verbreitet ist die Abneigung gegen jegliches Engagement in einer Partei und das Mißtrauen gegenüber den Parteiapparaten. Somit bestimmten überall zunächst einzelne Persönlichkeiten den Charakter der Parteien und deren Wahlchancen. Während sich jedoch in

den westlichen postkommunistischen Ländern allmählich die auch im Westen dominante, einigermaßen stabilen und übersichtlichen Parteienstrukturen mit teils laizistischen, teils religiös-kirchlich orientierten, teils eher liberal-ökonomischen oder eher sozialstaatlichen, teils eher entschieden nationalen, teils eher europäisch und global integrationsbereiten Parteien gemäßigter oder radikaler Art herausbildeten, blieb das Parteiensystem Rußlands außerordentlich vage und fließend.

Zunächst erschwerte das Wahlrecht mit einer Halbierung der Mandate für Kandidaten auf den Parteilisten und für Einzelpersonen (oft vor allem Kolchosvorsitzende und andere einflußreiche Mitglieder der Nomenklatur) erheblich die Ausbildung eines soliden Parteiensystems und den häufigen Fraktionswechsel der Abgeordneten. Dann wird man jedoch in der Abneigung sowohl Jelzins also auch Putins gegen ein unabhängiges Parteiensystem einen wichtigen Faktor für präsidiale Behinderungen einer Ausformung des Parteiensystems sehen müssen. Aber auch das Wahlverhalten und die politische Lethargie des Wahlvolkes hatten bislang den wohl ausschlaggebenden Einfluß darauf, daß bisher noch kein demokratisch-pluralistisches Parteiensystem entstehen konnte.

In der im Dezember 1993 für zwei Jahre gewählten Duma blieben die entschieden demokratischen Parteien mit rund einem Viertel der Abgeordneten in der Minderheit. Ein weiteres Fünftel bestand aus habituell eher orthodoxen Kommunisten, denn in der alten KPR hatten die Reformkommunisten nie eine Mehrheit erringen können. Die orthodoxen Kommunisten gaben zwar bald ihre Aspirationen auf Wiederherstellung der politischen Alleinherrschaft und der zentralen Wirtschaftsplanung auf, setzten aber dann weniger auf eine Entfaltung der Demokratie, als auf eine Pflege einer vermeintlich tausendjährigen national-patriotischen Großmacht-Tradition. Überraschend wurde die sich liberal-demokratisch nennende, faktisch jedoch rechtsradikale Partei Wladimir W. Schirinowskis mit 21,4 % der Stimmen die stärkste Partei. Dieses Wahlergebnis veranlaßte den Präsidenten, den strikt westorientierten Kurs seiner Politik aufzugeben und eine bis heute anhaltende Politik der gesellschaftspolitischen Eigenständigkeit und des Großmachtstrebens in Distanz zur Europäischen Union und vor allem zu den USA einzuleiten. Sie beansprucht, einen neuen Typus der Demokratie, der der russischen Geschichte entsprechen soll, zu entwickeln.

Bisher haben weder Jelzin noch Putin Wert auf die Bildung einer mitgliederstarken, straff organisierten, stabilen Partei gelegt, um sich einen verläßlichen Rückhalt im Parlament zu verschaffen. Vielmehr begnügten sie sich mit Ad-hoc-Wahlvereinen unter wechselndem Na-

men, die in den Wahlkampagnen, bei denen sie absolut die Medien beherrschten, um recht kurzfristig die Mehrheit der Wähler für sich und ihre Partei zu mobilisieren.

Die Schwäche der Demokratie in Rußland drückt sich darin aus, daß bisher vor jeder Wahl darüber spekuliert wurde, daß der amtierende Präsident die Verfassung brechen und die Wahlen aussetzen oder die Verfassung verändern wird, um beliebig oft wiedergewählt oder auf Lebenszeit gewählt werden zu können. 1996 wurden solchen Spekulationen durch den Niedergang der Popularitätsraten Jelzins bei Meinungsumfragen genährt, so daß ein Wahlerfolg des Kommunisten Gennadi A. Sjuganow möglich schien. Jelzin entschied sich jedoch für die Einhaltung des Wahltermins. Mehrere Oligarchen finanzierten eine beispiellose Medienkampagne für Jelzin und engagierten dafür amerikanische Werbestrategen. Die Kampagne baute auf der Furcht vor einer Restauration der kommunistischen Parteiherrschaft auf. Der bereits sieche und durch seinen Alkoholismus geschwächte Jelzin wurde zum entscheidenden Garanten der Demokratie stilisiert. Ärzte schienen damals das Schicksal der rußländischen Demokratie in den Händen zu haben. Vor den Präsidentenwahlen 2000 waren die Popularitätsraten Jelzins erneut im Tief, sein Gesundheitszustand schwer angeschlagen. Seine nähere Umgebung drängte ihn, rechtzeitig einen Nachfolger auszudeuten und in den Medien aufzubauen.

Im August 1999 ernannte Jelzin den bis dahin weithin unbekanntem, noch nicht 47-jährigen Wladimir W. Putin zum Ministerpräsidenten und trat am 31. Dezember vom Amt des Staatspräsidenten zurück, das nunmehr Putin geschäftsführend bis zu den vorgezogenen Präsidentenwahlen im März 2000 wahrnahm. Putin ist der Sohn eines Leningrader kommunistischen Fabrikarbeiters und interessierte sich früh für eine Geheimdiensttätigkeit. Er absolvierte ein Jurastudium und wurde KGB-Offizier, am Ende Oberstleutnant. Er wurde in der Auslandsespionage eingesetzt und zwar für mehrere Jahre in der DDR, vornehmlich in Dresden. Er heiratete eine Deutschlehrerin und wird manchmal auch aufgrund seiner Charaktereigenschaften *nemec*, Deutscher, genannt. Nach seiner Rückkehr nach Leningrad holte ihn sein ehemaliger Professor, der Leningrader Bürgermeister Anatoli A. Sobtschak, in die Politik und machte ihn zum Vizebürgermeister. Nach dessen Wahlniederlage 1996 wechselte Putin in die Präsidialverwaltung, wo er bald aufstieg und im Sommer zum Leiter des Inlandgeheimdienstes ernannt wurde, im März 1999 auch zum Sekretär des Sicherheitsrates.

Wie Gorbatschow war Putin bei seinem Amtsantritt als Ministerpräsident außerordentlich tatkräftig, recht jung, gesund und nicht korrupt. Er war kein Alkoholiker, pragmatisch, anpassungsbereit an seine Vorgesetzten, seinem jeweiligen Patron treu ergeben. Es ist bis heute nicht ganz klar, weshalb Jelzins Wahl auf Putin fiel. Jedenfalls war bemerkenswert, daß Pu-

tins erste Amtshandlung ein Dekret war, das Jelzin und seiner Familie Straffreiheit zusicherte und einige Privilegien zusicherte. Damals gab es Indizien, daß Jelzin und seine Tochter in dunkle Geldgeschäfte in der Schweiz verwickelt sein könnten. Putin hat sich bis heute daran gehalten, Jelzins Ansehen nicht zu zerstören und ihn nicht vor Gericht zu ziehen. In den ersten Monaten beließ er auch Jelzins Anhänger in ihren Ämtern. Es wird gerätselt, weshalb er das getan hat. Einige Beobachter führen dies auf seine Treue zu seinem Patron zurück, andere meinen, daß Jelzins Familie genügend belastendes Material über Putin aus seiner Vergangenheit besitze, um ihn jederzeit öffentlich an den Pranger stellen und sein Ansehen demontieren zu können. Zu den kommunistischen Herrschaftstechniken hatte es gehört, nur Politiker aufsteigen zu lassen, über die eine Akte mit genügend kompromittierendem Material, ein sogenanntes *kompromat*, zur Verfügung stand, um sie zur gehorsamen Gefolgschaft zwingen oder jederzeit öffentlich vernichten zu können. Danach wäre zu vermuten, daß Putin irgendetwas aus seiner KGB-Zeit zu verschweigen hat, was ihn verletzlich macht.

Erst im Herbst und Winter 2003 hat Putin die wichtigsten Jelzin-Leute wie Alexander S. Woloschin als Leiter der Präsidentialverwaltung durch einen eigenen Mann aus der Leningrader Zeit, Dmitri A. Medwedjew, ersetzt, im März auch den Ministerpräsidenten Michail M. Kasjanow durch Michail J. Fradkow. Zahlreiche Kollegen aus dem ehemaligen KGB wie aus der Leningrader Stadtverwaltung erhielten wichtige Leitungsfunktionen.

Eine wichtige Rolle beim Aufstieg Putins spielt der zweite Tschetschenienkrieg, den Putin sofort nach seinem Amtsantritt begann. Bombenanschläge auf Wohnhäuser in Moskau und Wolgodonsk, denen mehrere hundert Menschen zum Opfer fielen, dienten ebenso zur Legitimation des neuen Krieges wie die jahrelangen Geiselnahmen und Lösegelderpressungen durch tschetschenische Banden. Hinzu kam ein Eindringen tschetschenischer Kampfverbände unter Führung Dschamil Bassajews in Dagestan, die damit die Einigung des ganzen Nordkaukasus in einer islamischen Republik vorbereiten wollten. Bis heute halten sich durch zahlreiche Indizien genährte Gerüchte, daß die Bombenanschläge durch den rußländischen Geheimdienst selbst organisiert und auch die Aktion Bassajews durch Moskau arrangiert worden sei. Während der erste Tschetschenienkrieg bei der Bevölkerung sehr unbeliebt war, wurde der zweite trotz seiner ungeheuren Brutalität und auch hohen russischen Opferzahlen überwiegend von der russischen Bevölkerung bejaht. Putin erklärte wiederholt die Tschetschenen als solche zu Terroristen und legitimierte die barbarische Kriegsführung seiner Truppen. Anders als die Briten in Nordirland und die Israelis in Palästina, die selektiv gegen vermutliche Terroristen Gewalt anwenden, wird in Tschetschenien äußerst rigoros Gewalt gegen große Teile der tschetschenischen Bevölkerung ausgeübt, der Zehntausende, nach manchen Angaben über

200.000 Menschen, also ein Fünftel des gesamten Volkes, zum Opfer gefallen ist. Schließlich diente der Tschetschenienkrieg auch als Vorwand, die Medienfreiheit durch neue Gesetze und administrative Maßnahmen einzuschränken. Ein übriges tat das Aufkaufen der wichtigsten Fernsehsender und Presseorgane durch staatliche oder regierungsnahe Unternehmen.

Waren in den 1990er Jahren noch die Oligarchen, die auch die wichtigsten Fernsehsender und Zeitungen besaßen, die politischen Präsidenten- und Karrieremacher, so drehte Putin das Verhältnis zwischen politischen und ökonomischen Machthabern um. Nunmehr entschied der Kreml, wer sich unmäßig bereichern durfte um den Preis der Politikabstinenz oder Unterstützung des Präsidenten und wer wegen illegaler Geschäftspraktiken sein Vermögen und seine Freiheit in der Gefängnishaft verlor. Großes Aufsehen erregte die Zerschlagung des Yukos-Erdöl-Konzerns und die Verurteilung seines Chefs Michail B. Chodorkowski zu langjähriger Haft wegen Betrugs und Steuerhinterziehung. Die eigentlichen Vergehen Chodorkowskis waren jedoch dreierlei: erstens seine Ankündigung, die beiden liberalen, demokratischen Parteien Jabloko und die Union der Rechte, die in Opposition zum Präsidenten stehen, sowie einige Nichtregierungs-Organisationen finanziell zu unterstützen, zweitens, seine Bereitschaft, die Geschäftsmethoden seines Konzerns offenzulegen und damit Druck auf andere Konzerne auszuüben, dies nachzuahmen, drittens, seine Absicht, eine Fusion mit amerikanischen Energiekonzernen zum viertgrößten Erdölkonzern zu betreiben, was als Einschränkung der energiewirtschaftlichen und energiepolitischen Souveränität Rußlands interpretiert wurde.

Im Bestreben, Rußland wieder zu einer stark zentralisierten Großmacht aufzubauen, schränkte Putin drastisch die Autonomie der föderalen Subjekte, d. h. der territorialen Glieder der Föderation, ein und damit auch das politische Gewicht des Föderationsrates. Dazu diente die Errichtung der neuen Zwischenebene von sieben föderalen Bezirken zwischen den 89 Föderationssubjekten und der Bundesgewalt, die von Bevollmächtigten des Präsidenten geleitet werden. Außerdem dürfen nun nicht mehr die Leiter der regionalen Legislative und Exekution ihr ihre territoriale Einheit im Parlament vertreten, sondern nur noch ihre Vertreter. Der Präsident verschaffte sich zusätzlich das Recht, die Gouverneure oder Präsidenten der Regionen wegen Verstoßes gegen die föderalen Rechte abzusetzen, gab ihnen aber gleichzeitig das Recht zur häufigeren Wiederwahl und machte sie sich auf diese Weise gefügig.

5 Möglichkeiten der Stärkung demokratischer Ansätze

Wie erwähnt haben die persönlichen politischen Absichten des jeweiligen rußländischen Präsidenten einen kaum zu unterschätzenden Einfluß darauf, ob sich Rußland längerfristig demo-

kratisiert oder zu einer neuen autokratischen Herrschaftsordnung übergeht. Geht man davon aus, daß Putin tatsächlich eine demokratische Entwicklung Rußlands will, wenn auch eine, die mit den von ihm für vorrangig erklärten Zielen der Errichtung einer starken, zentralistischen Ordnung, eines wirtschaftlichen Aufschwungs, der Sicherung der territorialen Integrität und der Wiederherstellung einer achtungsgebietenden Großmachtrolle des Landes vereinbar sein soll, so ist es wichtig, daß Putin in den kommenden Jahren die Verfassung nicht grundlegend in autokratischer Richtung ändern läßt, etwa durch eine Beseitigung des mehrmaligen Wiederwahlverbots für den Präsidenten, die vollständige Aushebelung des Föderalismus oder die faktische Errichtung des Monopols einer Präsidentenpartei. Leider sind keinerlei Ansätze für eine Entfaltung der kommunalen Demokratie zu erkennen, die z. B. in den USA und in der Schweiz eine solide Basis für die überörtliche Demokratie geschaffen hat. Putin müßte auch seine erklärte Absicht verwirklichen, Freiräume für die Entfaltung der Zivilgesellschaft zu erhalten und neue zu schaffen, in der demokratischer Bürgersinn eingeübt wird. Es ist heute allerdings noch ungewiß, ob Putin nicht doch den Weg in eine neue, eindeutig autokratische Staatsform anstrebt. Putin weiß sich in Übereinstimmung mit der Mehrheit der Bevölkerung, anders als zuvor lange Zeit Jelzin oder Gorbatschow. In einer Meinungsumfrage wurden die Bürger Rußlands gefragt, was sie vorziehen würden: Ordnung oder Demokratie? 77 % entschieden sich für Ordnung, also Sicherheit vor Kriminellen, vor Behördenwillkür und Korruption, nur 12 % für Demokratie.

Westliche, z. B. deutsche Rußlandpolitik steht vor dem Dilemma, daß Rußland als doch noch existierende Großmacht und Nuklearmacht mit wichtigen weltpolitischen Funktionen, etwa in den Vereinten Nationen und in der Auseinandersetzung mit dem transnationalen Terrorismus, und als unersetzlicher Energielieferant für West- und Mitteleuropa eingebunden werden muß in ein Netz der einigermaßen vertrauensvollen internationalen Kooperation, andererseits wegen seiner menschenrechtswidrigen Praktiken, vor allem in Tschetschenien, und seiner Beschneidung von bürgerlichen und politischen Freiheiten entschieden kritisiert werden muß. Als extrem außenhandelsabhängiges Land müssen deutsche Regierungen auch mit zahlreichen Diktatoren und anderen Autokraten kooperieren. Die deutsche Sozialdemokratie hat heute wie auch schon in der Entspannungsperiode, große Schwierigkeiten, pragmatische Regierungspolitik mit einer Unterstützung von gesellschaftlichen Kräften zu verknüpfen, die in ihren Ländern für bürgerliche und politische Freiheiten, sozialen Ausgleich und Rechtsstaatlichkeit kämpfen. Sie neigt auch unter Gerhard Schröder wieder dazu, ihre Parteipolitik der Regierungspolitik zu unterwerfen.

Die Politiker in den skandinavischen Ländern, die doch wesentlich kleiner und weniger einflußreich sind als Deutschland, haben ebenso wie die in den USA viel mehr Geschick und Mut, sich auf der diplomatischen und Regierungsebene pragmatisch-kooperativ zu verhalten, auf der gesellschaftlichen Ebene einen Mindeststandard von Menschenrechten einzuklagen und oppositionelle demokratische Kräfte in anderen Ländern zu ermutigen und zu unterstützen, auch wenn das gelegentlich den außenwirtschaftlichen Interessen eigener Unternehmer und Gewerkschaften schaden mag. Dies setzt eine klare Arbeitsteilung zwischen Regierung einerseits und Parteien sowie Nichtregierungs-Organisationen voraus, die die unterschiedliche Wirkungsmöglichkeiten und Freiräume der Handlungsebenen in Rechnung stellt.

6 Die wahrscheinliche Entwicklung: Ausbau der befristeten, plebiszitären Adoptiv-Autokratie

Es ist eher unwahrscheinlich, daß Rußland wie die zentralasiatischen Staaten den Schritt in eine voll entfaltete, verfassungsrechtlich abgesicherte oder auch nur in eine faktische Autokratie gehen wird, weil es in seinem internationalen Interesse ist, die demokratische Fassade zu wahren. Putin hat schon angedeutet, daß er keine Verfassungsreform betreiben wird, die es ihm ermöglichen würde, ein drittes und viertes Mal für das Präsidentenamt zu kandidieren. Aber gleichzeitig macht er klar, daß er sich vorbehält zu bestimmen, wer sein Nachfolger sein soll. Das ist ein faktisch neuartiges, wenn auch nicht gesetzlich fixiertes politisches Adoptiv-System, das nicht nur die demokratische Fassade wahren will, sondern auch das Risiko auf sich nimmt, daß es irgendwann einmal nicht funktioniert und die Wähler sich anders verhalten als geplant. Da Putin im Jahre 2008 immer noch, anders als Jelzin bei seinem Ausscheiden aus dem Präsidentenamt, so hinreichend jung und tatkräftig sein könnte, um in der Politik weiterhin eine Rolle spielen zu wollen, könnte er die Absicht verfolgen, die Rolle einer grauen Eminenz zu spielen. Das politische System Rußlands erwies sich in den letzten Jahren mehrmals als sehr flexibel, wichtige, verfassungsrechtlich nicht vorgesehene Institutionen wie den Sicherheitsrat schaffen, so daß Putin und seine Strategen im Kreml nicht an Phantasie mangeln wird, wie man die Rolle einer grauen Eminenz, die faktisch die Richtlinien der Politik des Landes bestimmt, institutionell oder informell begründet. Die Ära Putin muß also keineswegs 2008 zu Ende gehen. Sollte das Land in den kommenden Jahrzehnten einigermaßen wirtschaftlich und sozial stabilisiert werden, den Tschetschenienkrieg beenden können und von neuen Kriegen verschont bleiben, so ist in einer neuen, nicht mehr unter parteikommunistischer Herrschaft sozialisierten Generation ein neuer Demokratisierungsschub keineswegs ausgeschlossen.